



28.05.2013 | Nr. 300/13

Heike Franzen: Die Selektionspolitik von Frau Professor Wende ist eine Bankrotterklärung

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen sieht mit dem heute (28. Mai 2013) vorgestellten Entwurf von Bildungsministerin Professor Waltraud Wende für ein neues Bildungsgesetz ihre schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen:

„Wir brauchen Kooperation und Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Wenn Wende in dieser Form zwischen Gemeinschaftsschülern und Gymnasiasten selektiert, dann ist das eine Bankrotterklärung ihrer Bildungspolitik“, erklärte Franzen in Kiel.

Wende habe das Kooperationsverbot zwischen Gemeinschaftsschulen und gymnasialer Oberstufe damit begründet, dass die pädagogischen Ansätze beider Schularten zu unterschiedlich seien.

„Damit unterstellt die Ministerin, dass die Gemeinschaftsschulen nicht in der Lage sind, die Schülerinnen in Schüler auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe vorzubereiten. Und Wendes Antwort auf diese Entwicklung ist der Rückschritt zum Gesamtschulabitur“, erklärte Franzen in Kiel.

Die große Stärke der Schleswig-Holsteinischen Bildungslandschaft sei in allen Bildungsvergleichen das Gymnasium gewesen. Diese große Stärke komme erst aufgrund der in den letzten Jahren größer gewordenen Durchlässigkeit zwischen den Schularten richtig zur Geltung. Sie fördere die individuelle Entwicklung der Kinder.

Zwar habe die Bildungsministerin die Entscheidung über die Abschaffung der Schulartempfehlung in Verbindung mit einer Abschaffung der Querversetzung von Gymnasien an Gemeinschaftsschulen im Entwurf noch offen gelassen. Ihr Kurs in Richtung klarer Abgrenzung zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium sei jedoch eindeutig.

„Durchlässigkeit kann nicht nur den Aufstieg ermöglichen. Sie gibt den Kindern in schwierigen Lebensphasen auch die Chance, das Gymnasium zu verlassen und einen zweiten Anlauf auf einen guten Bildungsabschluss zu nehmen. Das macht die Bildungs-Wende gezielt kaputt“, so Franzen.

Jetzt werde allerdings klar, weshalb das Bildungsministerium Oberstufen an Gemeinschaftsschulen genehmigt habe, für die es keinen ausreichenden Bedarf gibt.

„Rot/Grün/Blau treibt einen Keil zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

Und das nennen sie Schulfrieden“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete forderte die Bildungsministerin abschließend auf, ihre seit Wochen angekündigten und auch heute auf der Pressekonferenz auf Nachfrage angekündigten weiteren Maßnahmen zur Abschaffung der Schrägversetzungen und der Schulartempfehlungen sowie zum Fortbestand der Förderzentren bereits im ministeriellen Anhörungsverfahren zur Kenntnis zu geben.